
2.1 Formen einer Mitgliedschaft

2.1.1 Versicherung kraft Gesetzes

Das Rentenrecht unterscheidet im Wesentlichen folgende drei Personenkreise:

- Versicherungspflichtige Personen kraft Gesetzes bzw. auf Antrag (Arbeitnehmer, Katalog-Selbständige)
- Versicherungsfreie bzw. befreite Personen (Beamte, Ärzte)
- Nicht versicherungspflichtige Personen (Hausfrauen, Selbständige)

Von bzw. für diese Personen werden rentenrechtliche Zeiten wie in Tab. 2.1 dargestellt zurückgelegt.

Beitragszeiten unterteilen sich in Zeiten mit Pflichtbeiträgen und freiwilligen Beiträgen. Zu den Pflichtbeiträgen gehören im Wesentlichen die Pflichtbeiträge aus einem Beschäftigungsverhältnis als Arbeitnehmer oder Auszubildender, aus einer Selbständigkeit eines Katalog-Selbständigen und Kindererziehungszeiten. Zu den freiwilligen Beiträgen zählen die laufend gezahlten freiwilligen Beiträge und die nachgezahlten Beiträge, zum Beispiel wegen Heiraterstattung.

Beitragsfreie Zeiten unterteilen sich in Anrechnungszeiten (bis Ende 1991 als „Ausfallzeiten“ bezeichnet), die Zurechnungszeit und in Ersatzzeiten. Für diese rentenrechtlichen Zeiten wurden in der Regel keine Beiträge gezahlt. Zu den Anrechnungszeiten gehören Zeiten der Krankheit, der Schwangerschaft/Mutterschaft, der Arbeitslosigkeit und des Schulbesuchs/Studiums, und andere. Die Zurechnungszeit belegt bei Renten wegen Erwerbsminderung die Zeit vom Tag des Leistungsfalles bis zum 62. Geburtstag. Ersatzzeiten sind Zeiten im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und dessen

Tab. 2.1 Rentenrechtliche Zeiten

Beitragszeiten		Beitragsfreie Zeiten			BÜZ	VAG
Pflichtbeiträge	Freiwillige Beiträge	Anrechnungszeiten	Zurechnungszeiten	Ersatzzeiten		
Arbeitnehmer Selbständiger Kindererziehende u. a.	Laufend gezahlt Nachgezahlt	Krankheit Schwangerschaft Arbeitslosigkeit Schule u. a.	Bei Rente wegen EM	II. WK und dessen Folgen	Pflege Kinder	

Folgen und können hier längstens bis 31.12.1991 vorliegen (hier nicht tiefergehend behandelt).

Berücksichtigungszeiten (BÜZ) sind heute im Wesentlichen die beitragsfreie Kinderberücksichtigungszeit bis zum 10. Geburtstag des Kindes (vom 01.01.1992 bis zum 31.03.1995, also vor Leistungsbeginn der sozialen Pflegeversicherung, waren die Zeiten der Pflege lediglich eine BÜZ. Die Zeiten der Pflege seit dem 01.04.1995 sind Pflichtbeitragszeiten).

Zeiten, die man im Rahmen des **Versorgungsausgleichs (VAG)** hinzugewonnen hat, helfen (ohne dass sie zeitlich zugeordnet werden), die Wartezeiten (außer die besondere Wartezeit von 45 Jahren) zu erfüllen.

Um einen Anspruch auf Rente zu erfüllen, muss unter anderem die Wartezeit („Mindestversicherungszeit“) erfüllt sein. Für unterschiedliche Rentenarten gibt es unterschiedliche Wartezeiten, auf die aber nicht immer alle rentenrechtlichen Zeiten angerechnet werden (Tab. 2.2)

Tab. 2.2 Anrechnung auf die Wartezeit

5 Jahre	15 Jahre	25 Jahre	35 Jahre	45 Jahre
Allgemeine Wartezeit		(Besonderheiten für die knappschaftliche Rentenversicherung)	Große Wartezeit	Besondere Wartezeit
Regelaltersrente EM-Rente	Altersrente für Frauen, Altersrente wegen Arbeitslosigkeit/ Altersteilzeit	Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute	Altersrente für langjährig Versicherte, Altersrente für schwerbehinderte Menschen	Altersrente für <i>besonders</i> langjährig Versicherte
Beitragszeiten Ersatzzeiten VAG	Beitragszeiten Ersatzzeiten VAG	Nur Zeiten mit ständigen Arbeiten unter Tage	Beitragszeiten Ersatzzeiten Anrechnungszeiten BÜZ VAG	Beitragszeiten (ohne AlohI oder Alg II) BÜZ

Die Fragen, die bei jeder Zeit, die für die Rente zählen soll, geprüft werden müssen, lauten:

- Handelt es sich überhaupt um eine rentenrechtliche Zeit (Zeiten als „Nur-Hausfrau“ wären beispielsweise keine)?
- Auf welche Wartezeit(en) kann diese anspruchserfüllend angerechnet werden?

Werfen wir zunächst einen Blick auf den versicherten Personenkreis.

Beschäftigte Versicherungspflicht sind (§ 1 SGB VI):

- Personen, welche zu einer Berufsausbildung beschäftigt sind,
- Personen (AN), die gegen ein Arbeitsentgelt beschäftigt sind,
- Minijobs (Beschäftigungsverhältnisse seit dem 01.01.2013),
- Umschüler, Anlernlinge, welche kein Arbeitsentgelt erhalten und bei denen die Ausbildung vordergründig ist,
- Behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten oder in Blindenwerkstätten gemäß § 143 SGB IX oder für diese Einrichtungen in Heimarbeit beschäftigt sind,
- Mitglieder von Genossenschaften, Diakonissen und Angehörige ähnlicher Gemeinschaften.

Hierunter fallen aufgrund ihres geringen Entgeltes auch:

- Personen, welche ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr absolvieren,
- Personen des Bundesfreiwilligendienstes (Bufdi) leisten.

Nichtselbständige Beschäftigte sind Personen, die ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis gegen ein Arbeitsentgelt ausführen. Die Tätigkeit unterliegt somit der Weisung und Eingliederung in den Arbeitsablauf. Die nichtselbständige Arbeit erfolgt in einem Beschäftigungsverhältnis bei einem Arbeitgeber.

Was es für die Rentenhöhe bringt

Bei der Berechnung der späteren Rente kommt es (anders als gelegentlich am Stammtisch behauptet) nicht auf die Höhe der Entgelte der letzten drei Jahre an. Richtig ist: Jedes Beschäftigungsjahr wird für sich abgerechnet und trägt gleichberechtigt zur Höhe der späteren Rente bei. Nur bei Lehrzeiten (betriebliche Ausbildung) gibt es einen Zuschlag, wenn man seine Lehrzeit mit Lehrvertrag und Gesellenbrief/Kaufmannsgehilfenbrief oder ähnlichem gegenüber der Deutschen Rentenversicherung nachweist (sie wird dann im Versicherungsverlauf als „Pflichtbeiträge für Berufsausbildung“ markiert).

Die Berechnung folgt dem Muster: „Mein rentenversicherungspflichtiges Entgelt geteilt durch den Durchschnittsverdienst aller Rentenversicherungspflichtigen im gleichen Kalenderjahr“ (Durchschnittsentgelt laut Anlage 1 zum SGB VI).

Beispiel

Jahr 1980

Mein Verdienst 29.485 DM
 ----- = 1,0000 Entgeltpunkt (EP)
 Durchschnittsentgelt 29.485 DM

Jahr 2004

Mein Verdienst 14.530 €
 ----- = 0,5000 Entgeltpunkt (EP)
 Durchschnittsentgelt 29.060 €

Jahr 2011

Mein Verdienst 60.000 € (aber begrenzt auf die Beitragsbemessungsgrenze von 57.600 €)
 ----- = 1,7944 Entgeltpunkt (EP)
 Durchschnittsentgelt 32.100 €

Die Rendite von Pflichtbeiträgen nach § 1 SGB VI ist hoch, weil sich der Arbeitgeber an der Beitragsleistung in der Regel zur Hälfte beteiligt, man als Versicherter also maximal die Hälfte der Beiträge gezahlt hat.

Selbständig Tätige, welche der Versicherungspflichtigen der gRV unterliegen (§ 2 SGB VI)

- Auf dem Weg in die (nebenberufliche) Selbständigkeit, sollte man bei der Deutschen Rentenversicherung vorbeischauen. Das Beratungsgespräch macht nicht dümmer. Sollte man im Zweifel sogar verpflichtet sein, Beiträge in die Rentenkasse zu zahlen, hat man sich so viel Ärger mit einer evtl. späteren Nachforderung von aus Unwissenheit nicht gezahlten Rentenversicherungsbeiträgen erspart. Dies gilt insbesondere dann, wenn man gar nicht weiß, ob man Selbständig oder doch Arbeitnehmer ist. Der Fragebogen zur Feststellung Versicherungspflicht für Selbständige in der Rentenversicherung (Vordruck V 023 der Deutschen Rentenversicherung) schafft für einen selbst und potenzielle Auftraggeber Klarheit.

Selbständige, die unter den folgenden „Katalog“ (§ 2 SGB VI) fallen, sind verpflichtet, sich selbst innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme der selbständigen (Neben-)Tätigkeit zwecks Klärung der Rentenversicherungspflicht bei der Deutschen Rentenversicherung zu melden (§ 190a Abs. 1 SGB VI). Einzige Ausnahme: Selbständige Handwerker. Mit der Eintragung in die Handwerksrolle erfolgt automatisch eine Meldung an die DRV.

Beitragszahlungspflicht wird für rentenversicherungspflichtige Selbständige nur ausgelöst, wenn der Gewinn (nicht der Umsatz) aus der selbständigen Tätigkeit über 5400 € im Jahr (450 € im Monat) lag. Sollten sich diese Personen mit ihren Einkünften der Grenze nähern, können sie durch geeignete Geschäftsausgaben (zum Beispiel für Computerhard- und Software, Fachliteratur, Fahrtkosten etc.) ihren Gewinn reduzieren. Beziehen sie schon eine Vollrente wegen Alters, so üben sie ihre Selbständigkeit rentenversicherungsfrei aus.

Rentenversicherungspflichtig sind folgende „Katalog-Selbständige“ (V 020):

- Lehrer und Erzieher, die im Zusammenhang mit ihrer selbständigen Tätigkeit regelmäßig keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen. Als „Lehrer“ gilt hier jeder, der in irgendeiner Form sein Wissen weitergibt und „Spuren im Gedächtnis“ hinterlässt. Auf ein Studium oder eine sonstige Qualifikation kommt es hier nicht an. Vielfach sind sich viele VHS-Kursleiter, Teamer von Gewerkschaftsseminaren, Dozenten und Referenten ihrer Rentenversicherungspflicht nicht bewusst (obwohl diese Regelung schon seit über 100 Jahren besteht).
- Selbständige „Lehrer“ oder Tagesmütter/-väter („Erzieher“) sollten die Frage ihrer möglichen Rentenversicherungspflicht im Beratungsgespräch mit der DRV unbedingt klären. Vorsätzlich zurückgehaltene Rentenversicherungsbeiträge können bis zu 30 Jahren zurückgefordert werden. Üblicherweise fordert die DRV „nur“ die Beiträge für die letzten vier Kalenderjahre zurück.
- Pflegepersonen, die in der Kranken-, Wochen-, Säuglings- oder Kinderpflege tätig sind und im Zusammenhang mit ihrer selbständigen Tätigkeit regelmäßig keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen,
- Hebammen und Entbindungspfleger,
- Seelotsen der Reviere im Sinne des Gesetzes über das Seelotswesen,
- Künstler und Publizisten nach näherer Bestimmung des Künstlersozialversicherungsgesetzes,
- Hausgewerbetreibende,
- Küstenschiffer und Küstenfischer, die zur Besatzung ihres Fahrzeugs gehören oder als Küstenfischer ohne Fahrzeug fischen und regelmäßig nicht mehr als vier versicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen,
- Handwerker, die in die Handwerksrolle eingetragen sind und in ihrer Person die für die Eintragung in die Handwerksrolle erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, wobei Handwerksbetriebe im Sinne der §§ 2 und 3 der HwO sowie Betriebsfortführungen aufgrund von § 4 der HwO außer Betracht bleiben; ist eine Personengesellschaft in die Handwerksrolle eingetragen, gilt als Gewerbetreibender, wer als Gesellschafter in seiner Person die Voraussetzungen für die Eintragung in die Handwerksrolle erfüllt (für Handwerker gibt es den speziellen Vordruck V 010 der DRV),
- Personen, die im Zusammenhang mit ihrer selbständigen Tätigkeit regelmäßig keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen (Arbeitsentgelt übersteigt 450 €

im Monat) und auf Dauer und im Wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig sind (arbeitnehmerähnliche Selbständige).

- „Katalog-Selbständige“ gehören unmittelbar zum förderberechtigten Personenkreis für die Riester-Rente.

Was es für die Rentenhöhe bringt

Die Höhe der Rendite ist (vorschnell allein betrachtet auf den reinen Kapitaleinsatz) geringer als bei einem Arbeitnehmer, weil Selbständige die Beiträge allein schultern müssen.

Beispiel

Bäckermeister Paul Nordmann hatte im Kalenderjahr 2014 einen Gewinn von 75.000 €. Er zahlt den Regelbeitrag (hierfür ist der Nachweis des tatsächlichen Gewinns gegenüber der DRV nicht erforderlich) von monatlich 522,59 € (Jahresbeitrag 6.271,08 €).

Der Jahresbeitrag entspricht einem Bruttoverdienst von 33.180 €, wodurch sich 0,9519 EP und somit eine monatliche Bruttorente von 27,23 € (West) ergibt. Das eingesetzte Kapital wäre nach 231 Monaten wieder raus. Hierbei sind Verlust durch nicht erwirtschaftete Guthabenzinsen und Inflation, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und eine eventuelle Steuerbelastung nicht berücksichtigt.

Wenn man den Aufwand für die Rentenversicherungsbeträge den Renditechancen auf dem Versicherungs- oder Kapitalmarkt gegenüber stellt, hat das System gesetzliche Rentenversicherung auf den ersten schnellen Blick „verloren“. Aber: Gerade selbständige Handwerker können auf der als Arbeitnehmer geschaffene Basis aufbauen, die außerhalb des gesetzlichen Zwangssystems erst einmal geschaffen werden müsste. Außerdem ist der Beitrag zur Rentenversicherung kein reiner Sparbeitrag für das Alter, sondern gleichsam Risikobeitrag für den Fall der Erwerbsminderung (Reha-Leistungen und Rentenzahlung) und den Fall des Todes (Witwen-/Witwerrenten, Halb-/Vollwaisenrenten). Darüber hinaus sind die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung insolvenzsicher.

Sonstige Versicherte

Versicherungspflichtig sind Personen (unter bestimmten Voraussetzungen)

- bei denen Kindererziehungszeiten anzurechnen sind,
- für die eine nicht erwerbsmäßige Pflege, mindestens 14 Stunden wöchentlich, in häuslicher Umgebung erbracht wird (der Pflegebedürftige hat Anspruch auf gesetzliche/private Pflegeleistung),
- des Wehr-/Zivildienstes (freiwilliger Wehrdienst, BFD),
- für die ein Leistungsträger Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld, Arbeitslosengeld oder Vorruhestandsgeld entrichtet wird.

Bezieher von ALG II sind seit dem 01.01.2011 nicht mehr gRV pflichtversichert!

§ 3 SGB VI (Sonstige Versicherte) erfasst somit bestimmte Personengruppen, die nicht unmittelbar in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Auch bei Ihnen gibt es Besonderheiten, die näher erläutert werden sollen.

Personen, denen Kindererziehungszeiten (KEZ) anzurechnen sind

Kindererziehungszeiten (KEZ) werden „im Normalfall“ der Mutter zugeordnet, wenn die Erziehung in Deutschland erfolgt ist. Nach der Erweiterung um die sogenannte „Mütterrente“ umfasst die KEZ bei

- Geburten seit dem 01.01.1992: 36 Kalendermonate Pflichtbeitragszeit
- Geburten vor dem 01.01.1992: 24 Kalendermonate Pflichtbeitragszeit

Mehrlingsgeburten verlängern den Zeitraum entsprechend (zum Beispiel Zwillinge: 2×24 Kalendermonate = 48 Monate, Drillinge: $3 \times 36 = 108$ Monate).

Zusätzlich gibt es für die Monate der gleichzeitigen Erziehung mehrerer Kinder nach 1991 im Rahmen der Rentenberechnung unter bestimmten Voraussetzungen (unter anderem müssen 25 Jahre an rentenrechtlichen Zeiten vorliegen) einen kleinen Zuschlag.

- **Achtung Väter** Wenn statt der Mutter der Vater (einen Teil der) Kindererziehungszeiten angerechnet bekommen soll (zum Beispiel für die Zeit für die der Vater Elterngeld erhalten hat), so müssen die Eltern neben dem „Antrag auf Feststellung von Kindererziehungszeiten/Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung“ (Vordruck V 800 der Deutschen Rentenversicherung) auch eine „Gemeinsame Erklärung“ (Vordruck V 820) abgeben. Achtung: Die „gemeinsame Erklärung“ kann maximal für zwei Monate rückwirkend abgegeben werden! Daher sollten Väter bei der Planung ihrer Elternzeit auch immer das Thema Rentenversicherung nicht aus dem Auge verlieren! Wer will sich als Vater bei seinem späteren Rentenanspruch schon darüber ärgern, dass er nicht abschlagsfrei mit 65 Jahren in eine Altersrente gehen kann, weil ihm wegen eines „Wickelpraktikums“ von zwei Monaten eine Lücke entstanden ist?! Wer es als Vater geschickt anstellen will, sollte mindestens einen Tag im Monat rentenversicherungspflichtig arbeiten. Beispiel: Elternzeit vom 2. August bis zum 29. September ist keine Lücke im Rentenkonto (teilweise belegte Monate gelten stets als volle Monate). Bei einer Elternzeit vom 1. August bis zum 29. September wäre der August für die Wartezeit verloren, sofern keine „Gemeinsame Erklärung“ abgegeben wurde.

Was es für die Rente bringt

Für jedes Jahr, für welches Kindererziehungszeiten im Versicherungsverlauf vermerkt werden, gibt es rund einen Entgeltpunkt. So ist also das Kind vor 1992 derzeit 57,22 € brutto (West) bzw. 52,78 € brutto (Ost) und das Kind nach 1992 = 85,83 € brutto (West) bzw. 79,17 € brutto (Ost) für die Mutter wert.

Aber keine Mutter bringt ihr Kind wegen der späteren Rentenansprüche zur Welt und auch die „Mütterrente“ hat die Ungerechtigkeiten bei Geburten vor bzw. nach 1992 nicht beseitigt (von der Ost-West-Ungerechtigkeit mal ganz zu schweigen).

Nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen

Der MDK (Medizinische Dienst der Krankenkassen) fragt im Rahmen seiner Begutachtung auch danach, welche Person(en) die ehrenamtliche Pflege des Pflegebedürftigen in der Privatwohnung übernimmt bzw. übernehmen. Die Pflegeperson wird ihrerseits durch die Übernahme der ehrenamtlichen Pflege rentenversicherungspflichtig (insofern ist kein „Antrag“ nötig), sofern sie noch keine Vollrente wegen Alters bezieht (pflegt also die Altersvollrentnerin den Altersvollrentner, erhöht sie ihre Altersrente hierdurch nicht mehr). Voraussetzung für die Rentenversicherungspflicht ist, dass die Pflegeperson mindestens 14 Stunden in der Woche pflegt (Achtung: Die Pflegestufe I wird bereits ab einem Pflegeaufwand für den Pflegebedürftigen von zwölf Stunden in der Woche vergeben, führt aber dann nicht zur Rentenversicherungspflicht der Pflegeperson). Teilen sich zwei Geschwister die Pflege der Mutter in Pflegestufe I mit jeweils sieben Stunden, so wird keines der Geschwister rentenversicherungspflichtig.

Der Pflegebedürftige erhält von seiner Pflegeversicherung je nach festgestellter Pflegestufe das ihm zustehende Pflegegeld. Dieses darf er in dieser Höhe an die Pflegeperson weitergeben. Zahlt er mehr, so ist die Pflegeperson nicht mehr nach § 3 Nr. 1a SGB VI, sondern nach § 1 SGB VI als Arbeitnehmer/in rentenversicherungspflichtig.

Neben der ehrenamtlichen Pflege darf die Pflegeperson nicht mehr als 30 Stunden in der Woche beschäftigt bzw. selbständig tätig sein.

Einmal im Jahr erhalten Pflegepersonen einen Rentenversicherungsnachweis über das abgelaufene Kalenderjahr für ihre Unterlagen. Sollte dieser bis spätestens Mai nicht vorliegen, sollte man bei zunächst bei der Pflegekasse nachfragen.

- Weitere Informationen rund um die Pflege und die Möglichkeit, diesbezüglich die Arbeitszeit zu reduzieren finden Pflegepersonen auf der Seite www.familien-pflege-zeit.de

Was es für die Rente bringt, ist in Tab. 2.3 dargestellt.

Tab. 2.3 Monatliche Entgelte für Pflegezeiten ab dem 1. Juli 2014

Pflegegeld von der Pflegekasse	Pflegegeld von der Pflegekasse (€)	Wöchentliche Pflege (Stunden)	mtl. Beitrag (€)	= mtl. Entgelt (€)	= mtl. Anwartschaft für ein Jahr Pflege (€)
I	235,00	min. 14	139,36	737,33	7,26
II	440,00	min. 14	185,81	983,11	9,68
		min. 21	278,71	1474,67	14,52
III	700,00	min. 14	209,03	1106,00	10,89
		min. 21	313,55	1659,00	16,34
		min. 28	418,07	2212,00	21,79

Wehr-/Zivildienstleistende

Seit dem 01.07.2011 wurde mit dem „Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften 2011“ die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt, jedoch nicht grundsätzlich aufgehoben. Mit der Aussetzung können Männer wie Frauen den freiwilligen, sechsmonatigen Wehrdienst antreten. Dabei werden die sechs Monate sozialversicherungsrechtlich dem einstigen Wehrdienst gleichgestellt. Die entsprechenden Personen unterliegen somit der Versicherungspflicht, auch bei Verlängerung der sechsmonatigen Probezeit um weitere 17 Monate. Der Zeitraum für den Zivildienst betrug ab 01.12.2010 sechs Monate. Eine Verlängerung von drei bis sechs Monaten war möglich. Mit Aussetzung des gesetzlichen Zivildienstes wurde der Bundesfreiwilligendienst eingeführt.

Seit dem 01.07.2011 haben Männer wie Frauen die Möglichkeit, den Bundesfreiwilligendienst zu nutzen. Der sechs bis maximal 18 Monate andauernde Einsatz kann im ökologischen, kulturellen, sportlichen, integrativen Bereichen sowie im Zivil- oder Katastrophenschutz erfolgen. Leisten Personen das gesetzlich geregelte freiwillige soziale oder ökologische Jahr ab sind diese, wie im Bundesfreiwilligendienst, versicherungspflichtig.

Die Zeiten des Grundwehrdienstes/Zivildienstes, freiwilligen Wehrdienstes oder Bundesfreiwilligendienstes werden automatisch der DRV gemeldet. Hierüber erhält man eine Bescheinigung (Wehrdienstzeitbescheinigung bzw. Zivildienstbescheinigung).

Was es für die Rente bringt Erfreulicherweise erhalten Grundwehrdienstleistende und Zivildienstleistende für ihre abgeleistete Dienstzeit mehr als sie seinerzeit als Salär erhalten haben. Allerdings hat der Gesetzgeber den Wert im Laufe der Jahre abgesenkt (von anfänglich 1.000 EP zu schlussendlich 60% der jeweiligen Bezugsgröße). Welcher Wert der Dienst für „Gott und Vaterland“ rententechnisch wert ist, kann man denn Berechnungsanlagen zum Rentenbescheid (bzw. der Rentenauskunft mit Berechnungsanlagen) entnehmen.

Bezieher von bestimmten Entgeltersatzleistungen sind versicherungspflichtig unter Einhaltung zweier Bedingungen:

- Eine tatsächliche Zahlung und Bezug der Leistung ist erforderlich. Hierbei handelt es sich um: Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld, Arbeitslosengeld (nicht Arbeitslosengeld II). Achtung: Für privat krankenversicherte Personen greifen die Regelungen des § 4 SGB VI (nachfolgend näher behandelt). Bis zum 31.12.2004 gehörten auch Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld in den Bereich. Der Erbringer der Leistung muss ein Träger der Sozialversicherung nach dem SGB I sein. Also: Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Rentenversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit (der Bezug von Elterngeld, Erziehungsgeld oder Kindergeld führt nicht zur Rentenversicherungspflicht; dies wird allein durch den Tatbestand „Erziehung“ und nicht durch Zahlung von Sozialleistungen ausgelöst).

- Der Leistungsempfänger war im letzten Jahr vor Leistungsbeginn, unmittelbar vor Beginn der Sozialleistung, rentenversicherungspflichtig. Dabei kann das Vorliegen eines einzigen Pflichtbeitrages ausreichend sein. Versicherungspflicht liegt nicht vor, wenn zwischen dem letzten Pflichtbeitrag im Jahr vor dem Leistungsbeginn und dem Leistungsbeginn Versicherungsfreiheit vorlag. Diesen Sachverhalt gilt es immer in Einzelfall genau zu prüfen.

Nach Ende des Leistungsbezuges sollte der Leistungsträger eine Bescheinigung über die automatisch erfolgte Meldung an die Rentenversicherung ausgestellt haben. Wichtig für die eigenen Unterlagen ist stets der Leistungsnachweis (= es wurde gezahlt) und nicht etwa der Bewilligungsbescheid (= es wird beabsichtigt zu zahlen).

Was es für die Rente bringt

Der Wert für die spätere Rente hat sich im Laufe der Jahre verschlechtert. Die Bandbreite reicht von 80 % der Bezugsgröße bis zur Höhe der gezahlten Sozialleistung als Beitragsberechnungsgrundlage. Aber keine Angst: Auch wenn der Bezug beispielsweise von Krankengeld weniger Rente bringt, macht sie andererseits den Kohl nicht fett. Schließlich ist die Höhe der späteren Rente nicht von der kurzzeitigen Krankengeldzahlung abhängig, sondern ein Spiegelbild des gesamten versicherten Rentenversicherungslebens.

Bezieher von Vorruhestandsgeld sind versicherungspflichtig, wenn unmittelbar vor dem Vorruhestandsgeldbeginn Versicherungspflicht bestand. Unmittelbar bedeutet, dass zwischen dem Ende einer versicherungspflichtigen Beschäftigung und dem Vorruhestandsgeldbeginn kein voller, freier Kalendermonat liegen darf.

- Das Vorruhestandsgeld ist dabei als tatsächliche, regelmäßige und laufende Geldleistung zu gewähren.
- Es ist bis zum frühestmöglichen Beginn einer Altersrente zu zahlen.

Erst wenn beide Punkte erfüllt werden, ist Versicherungspflicht gegeben.

Versicherungspflicht (VP) auf Antrag (§ 4 SGB VI)

Die Versicherungspflicht auf Antrag bietet unterschiedlichen nicht versicherungspflichtigen Personengruppen die Möglichkeit zur Versicherungspflicht. So können Personen, die eine selbständige Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausführen und nicht als „Katalog-Selbständige“ nach § 2 SGB VI rentenversicherungspflichtig sind, einen Antrag auf Versicherungspflicht stellen. Versicherungspflicht bedeutet, dass man mit allen Rechten und Pflichten einem „Katalog-Selbständigen“ gleichgestellt ist. Dies bedeutet insbesondere, dass die Versicherungs- und die damit einhergehende Beitragspflicht erst bei dauerhafter Aufgabe einer Selbständigkeit beendet ist. Wer nur die Art der Selbständigkeit wechselt (Versicherungsvertreter zu Gastwirt), ist weiterhin rentenversicherungspflichtig.

Deutsche Rentenversicherung - Basis der
Altersvorsorge
Grundwissen und Beispiele für die Beratungspraxis,
Rechtsstand 1. Juli 2014
Horn, S.; Schuchardt, D.R.
2015, X, 139 S. 35 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-06674-1